



Sachkundige Bürger GRÜNE  
Wörner, Matthias

GRÜNE

beratende Mitglieder  
Beckmann, Dieter

ev. Kirche

**Es fehlten entschuldigt:**

Ratsmitglieder CDU  
Hüttenmeister, Monika

CDU

Ratsmitglieder fraktionslos  
Abstoß, Christian

fraktionslos

Sachkundige Bürger CDU  
Dröbs, Christian

CDU

beratende Mitglieder  
Rego, Robert

kath. Kirche

**Von der Heier Grundschule**

Frau Claudia Knoche

**Vom Integration Point Oberberg**

Herr Jörn Wolff (Agentur für Arbeit; bis einschl. TOP 2 der öff. Sitzung)

Frau Yvonne Wagner-Wolff (Jobcenter Oberberg; bis einschl. TOP 2 der öff. Sitzung)

**Von der Verwaltung:**

Herr Stefan Meisenberg (ab 18:30 Uhr, TOP 2 der öffentl. Sitzung)

Herr Thomas Garn

Herr Norbert Tesch

Frau Heike Kopic

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung. Er stellt fest, dass der Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales ordnungsgemäß und fristgemäß eingeladen worden und beschlussfähig ist. Hiergegen werden keine Einwendungen erhoben.

Vor Eintritt in die Tagesordnung verpflichtet der Vorsitzende das dem Rat nicht angehörende Ausschussmitglied, Herrn Dieter Beckmann von der Ev. Kirche gemäß § 58 Abs. 2 i.V.m. § 67 Abs. 3 GO NW.

### Öffentliche Sitzung:

<b>1</b>	<b>Heier Grundschule: Besetzung Konrektorenstelle; Vorstellung Konrektorin</b>	Drucksache Nr.
----------	--	----------------

Frau Claudia Knoche wurde mit Wirkung vom 01.02.16 durch die Bezirksregierung Köln zur Konrektorin der Heier Grundschule bestellt und stellt sich heute dem Ausschuss vor.

Frau Knoche erläutert ihren beruflichen Werdegang und wird herzlich vom Ausschuss begrüßt.

<b>2</b>	<b>Integration Point Oberberg; Vorstellung</b>	Drucksache Nr. <b>IV/044/16</b>
----------	--	------------------------------------

Herr Wolff als Vertreter der Agentur für Arbeit und Frau Yvonne Wagner-Wolff als Vertreterin des Jobcenters Oberberg stellen anhand eines kleinen Handouts das Leistungsangebot des Integration Points Oberberg (IP) vor. Herr Wolff erläutert ausführlich den Grund für die Einrichtung eines IP. Er berichtet hierbei über die bürokratischen Hürden bei der Anerkennung von Bildungsabschlüssen und beschreibt die verschiedenen Aufgaben wie die Begleitung in Arbeit oder Sprachkurse sowie die Möglichkeiten von Praktika für Asylbewerber.

Frau Wagner-Wolff erläutert die oftmals bestehende Unerfahrenheit der Asylbewerber über das duale Ausbildungssystem in Deutschland und die Notwendigkeit der Wertevermittlung im Bereich des deutschen Arbeitsalltages.

Nachfragen aus dem Ausschuss insbesondere zu den Möglichkeiten des Berufseinblickes für Asylbewerber, der Vermittlung von Lehrstellen und zu fremdsprachlichem Unterricht in den Berufsschulen werden durch Frau Wagner-Wolff und Herrn Wolf beantwortet.

Das von den Vertretern des IP ausgehändigte Informationsmaterial ist diesem Protokoll als Anlage 1 beigefügt.

<b>3</b>	<b>600-Jahr-Feier Marienheide in 2017; Information</b>	Drucksache Nr.
----------	--	----------------

Herr Bürgermeister Meisenberg informiert über die Planungen bezüglich der 600-Jahr-Feier Marienheide im Jahr 2017. Die Feier wird ein Fest von Bürger/innen für Bürger/innen sein. Im Auftaktworkshop 2014 wurden Ideen gesammelt und verschiedene Arbeitsgruppen gebildet. Jede Gruppe beinhaltet 4 – 10 Mitglieder. Halbjährlich treffen sich alle Gruppen zu einem Gesamtworkshop. Der nächste Termin hierfür ist für den 20.06.16 terminiert.

Herr Meisenberg benennt anhand einer Kalenderübersicht die im Festjahr vom 18.03.17 bis 17.09.17 vorgesehenen Veranstaltungen. Zentraler Mittelpunkt des Festes bilde das Festzelt, welches vom 19.05.17 bis zum 18.06.17 aufgebaut sein werde. Ferner werde eine Festschrift (ohne Werbung) erarbeitet, die insbesondere die neuere Geschichte von Marienheide und die Vorstellung der Ortschaften und Vereine beinhalte. Eine Auflage von 1.500 Stück sei geplant und werde teilweise durch die Stiftung der Kreissparkasse Köln refinanziert. Der Festumzug am 17.09.2017 stelle eine Plattform für Vereine und Ortschaften dar, um sich zu präsentieren. Enden werde dieser Festumzug mit einer Abschlussfeier beim Feuerwehrgerätehaus.

Herr Werner Rosenthal als Mitglied der Lenkungsgruppe der 600-Jahr-Feier teilt insbesondere zu der Überlegung, dass jede Ortschaft bzw. Institution als Symbol ihres Sitzes in der Gemeinde Marienheide einen Stuhl gestalten und sich damit beim Festzug präsentieren solle, ergänzende Informationen zum Jubiläumsjahr mit.

Eine Kalenderübersicht über die verschiedenen Veranstaltungen ist diesem Protokoll als Anlage 2 beigefügt.

<b>4</b>	<b>Bundesprogramm Mehrgenerationenhaus; Mehrgenerationenhaus "Netzwerk Heilteich"</b>	Drucksache Nr. <b>BV/045/16</b>
----------	---	------------------------------------

Herr Garn macht ergänzende Erläuterungen zur Beschlussvorlage. Insbesondere geht er auf die wertvolle Arbeit des Mehrgenerationenhauses „Netzwerk Heilteich“ der Caritas Oberberg als Nachfolgeeinrichtung des gemeindlichen Seniorentreffs und das zum Jahr 2017 in Kraft tretende Bundesprogramm Mehrgenerationenhaus ein. Der Ausschuss nimmt die Ausführungen zustimmend zur Kenntnis.

<b>Beschluss:</b>	Abstimmungsergebnis: einstimmig
<ol style="list-style-type: none"> <li>1. Für die gesamte Laufzeit des „Bundesprogramms Mehrgenerationenhaus“ (Anfang 2017 bis zunächst Ende 2020) erklärt die Gemeinde Marienheide, dass das Mehrgenerationenhaus „Netzwerk Heilteich“ des Caritasverbandes für den Oberbergischen Kreis e.V. Bestandteil der kommunalen Planungen zum demografischen Wandel und zur Sozialraumentwicklung im Wirkungsgebiet des Mehrgenerationenhauses ist.</li> <li>2. An den Caritasverband für den Oberbergischen Kreis e.V. wird für das Mehrgenerationenhaus „Netzwerk Heilteich“ der im Rahmen des „Bundesprogramms Mehrgenerationenhaus“ erforderliche Kofinanzierungsanteil in Höhe von jährlich 10.000 Euro erbracht werden.</li> </ol>	

<b>5</b>	<b>Zentrum für Inklusion Marienheide; Kooperationsvereinbarung mit Lebenshilfe Wohnen NRW gGmbH</b>	Drucksache Nr. <b>BV/046/16</b>
----------	---	------------------------------------

Herr Garn erinnert an die Sitzung vom 04.11.2015, in der Vertreter der Lebenshilfe NRW neben den Aufgaben der Lebenshilfe das Zentrum für Inklusion Marienheide vorstellten. Aus dem Ausschuss wurde damals das Eingehen einer Kooperation zwischen der Gemeinde Marienheide und der Lebenshilfe NRW begrüßt, ebenso verwaltungsseitig mitgeteilt, dass nichts gegen eine solche Kooperation spreche. Die Kooperationsvereinbarung habe als wesentlichen Bestandteil die Leichte Sprache zum Inhalt.

Herr Garn berichtet des Weiteren über den am 30.04.16 rund um den Dr. Oscar-Kayser-Platz und im Zentrum für Inklusion in Marienheide durchgeführten Inklusionstag.

Frau Hillrichs bittet um Informationen zu dem auf Seite 3 der Kooperationsvereinbarung genannten „Antrag an die Aktion Mensch“. Herr Garn teilt mit, dass dieser informationshalber dem Protokoll als Anlage 3 beigefügt werde. Seitens des Ausschusses wird für erforderlich erachtet, diesen als Anlage zur Kooperationsvereinbarung hinzu zu nehmen. Dies wird verwaltungsseitig zugesagt.

<b>Beschluss:</b>	Abstimmungsergebnis: einstimmig
Die Verwaltung wird ermächtigt, mit der Lebenshilfe Wohnen NRW gGmbH eine Kooperation unter Abschluss der beigefügten Kooperationsvereinbarung einzugehen, der als Anlage der darin genannte „Antrag an die Aktion Mensch“ beizufügen ist.	

<b>6</b>	<b>Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für die an den Grundschulen der Gemeinde Marienheide eingerichteten Offenen Ganztagschulen (Beitragssatzung OGS)</b>	Drucksache Nr. <b>BV/047/16</b>
----------	---	------------------------------------

Herr Garn erläutert die Vorlage und geht auf die wichtigsten Punkte genauer ein. Insbesondere wird es zum kommenden Schuljahr keine Änderungen bei der Höhe der Elternbeiträge geben, im Gegenteil: Der bei der Einkommensgruppe 5 für das Zweitkind im vergangenen Jahr satzungsmäßig vorgenommene Wegfall der Beitragsermäßigung wurde wieder rückgängig gemacht, um hier wieder eine „einheitliche Linie“ zu erhalten, da dieser Wegfall bei den betreffenden Eltern zu erheblichem Unmut bzw. Unverständnis geführt habe.

Frau Hillrichs fragt, ob die Satzung identisch mit einer Satzung vom Kreis oder anderer Kommunen sei, und hinterfragt die in der Satzung enthaltenen vielen

unbestimmten Rechtsbegriffe. Herr Garn erläutert, dass zwar Regelungsinhalte anderer Satzungen betrachtet wurden, die vorliegende Satzung jedoch individuell erarbeitet wurde. Er führt weiter aus, dass Normen vielfach unbestimmte Rechtsbegriffe enthalten, die jedoch i.d.R. gerichtlich überprüfbar seien. Es sei, so auch Herr Meisenberg, nicht möglich, alle Fallkonstellationen abschließend in einer Satzung zu regeln.

Der Ausschussvorsitzende bittet um Änderung der Überschrift der Satzung, da ihm diese von der Begrifflichkeit her zu „elternbeitragslastig“ ist, die Satzung jedoch nicht nur Regelungen zum Elternbeitrag beinhalte. Herr Garn zitiert Überschriften von Satzungen anderer Kommunen, die vergleichbar lauten.

Frau Dißmann fragt nach, warum der Entfall bei der Zweitkindermäßigung zurückgenommen werde, da sich dadurch ein Einnahmeausfall ergebe, der ggf. zu einer Unterdeckung führen könnte. Herr Garn teilt mit, dass das Land NRW - gegenüber bislang - die Fördersätze der Landeszulassung ab 01.08.2016 um nunmehr 3% jährlich erhöhen werde, und dies in die Kalkulation einberechnet wurde. Im Übrigen soll, so Herr Garn auf entsprechende Nachfrage von Herrn Beckmann, zum kommenden Schuljahr auch keine Erhöhung bei der Beitragsobergrenze vorgenommen werden, die zum kommenden Schuljahr von bislang 170 EUR/Monat auf 180 EUR/Monat erhöht werden könnte. Die Gemeinde Marienheide ist im Vergleich zu den anderen Kommunen des Oberbergischen Kreises Spitzenreiter bei den Elternbeitragshöhen.

<b>Beschluss:</b>	Abstimmungsergebnis: 14 Ja-Stimmen 1 Nein-Stimme
Die Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für die an den Grundschulen der Gemeinde Marienheide eingerichteten Offenen Ganztagschulen (Beitragssatzung OGS) wird beschlossen.	

<b>7</b>	<b>Asylbewerberunterbringung; Sachstand</b>	Drucksache Nr.
----------	---	----------------

Herr Tesch informiert über die Anzahl der durch die hiesige Sozialverwaltung aktuell betreuten und untergebrachten Flüchtlinge von insgesamt 149 Personen. In den letzten 12 Monaten haben 72 Personen entweder durch die Anerkennung als Asylbewerber oder durch die Abschiebung durch das Ausländeramt oder die freiwillige Ausreise den Bereich der zu betreuenden Personen verlassen.

Die insgesamt 149 untergebrachten und betreuten Personen haben jeweils folgenden Status:

- 14 Personen besitzen den Status einer Duldung,
- 80 Personen befinden sich im Asylverfahren,
- 51 Personen haben noch keinen Asylantrag gestellt (BÜMA),
- 4 Personen haben einen Aufenthaltstitel nach § 25 AufenthG.

Es wurden 6 Personen in sozialversicherungspflichtige Arbeits-/ Ausbildungsverhältnisse und weitere Personen in Praktikumsplätze vermittelt. Es werden zurzeit 59 Kinder und Jugendliche im Bereich Schule, Kindergarten, Gesundheit und Freizeit betreut.

Momentan erhalte die Gemeinde Marienheide keine Zuweisungen. Diese erfolgen zurzeit in diejenigen Kommunen, die ihre Quoten noch nicht erfüllt haben. Nach dortiger Quotenerfüllung werde auch die Gemeinde Marienheide, und im Hinblick auf die vorgesehene Schließung des VdK Heims als Notunterkunft Ende dieses Jahres entsprechend zusätzlich verstärkt, wieder Asylbewerber aufnehmen müssen.

Die Frage des Ausschussvorsitzenden nach den gezahlten Miethöhen wird von Herrn Tesch entsprechend beantwortet.

Aus dem Ausschuss wird die seitens der Asylbewerber erfolgte bzw. weiterhin erfolgende Reinigung von Straßen im Bereich des Ortskerns (Handkarren) positiv zur Kenntnis genommen.

<b>8</b>	<b>Mitteilungen und Verschiedenes</b>	Drucksache Nr.
----------	---------------------------------------	----------------

Der Ausschuss wird von Herrn Garn über folgende Sachverhalte informiert:

- Herr Mohamed Hamdan hat seit dem 01.05.2016 für die Dauer eines Jahres bei der Gemeinde Marienheide eine Stelle im Rahmen des Sonderprogramms des Bundesfreiwilligendienstes mit Flüchtlingsbezug angetreten. Herr Hamdan als sog. Bufdi hilft aufgrund seiner Sprachkenntnisse sehr bei der Verständigung mit den Asylbewerbern und ist eine wertvolle Unterstützung.
- Eine weitere Stelle für eine(n) Bufdi wurde für den Einsatz in der Heier Grundschule anerkannt. Das Bewerbungsverfahren läuft derzeit und die Einstellung soll zum neuen Schuljahr erfolgen. Zum Aufgabengebiet gehört u.a. auch der Bereich Inklusion, da insbesondere durch die Beschulung von zwei Kindern mit dem Förderschwerpunkt körperliche und motorische Entwicklung (Rollstuhlkinder) ab dem kommenden Schuljahr hier Unterstützungsbedarf besteht.
- Im Rahmen des Landesprogramms „KOMM-AN-NRW“ wurde durch das Bündnis für Flüchtlinge in Marienheide über die Gemeinde Marienheide an das Kommunale Integrationszentrum für den Oberbergischen Kreis ein Fördermittelantrag in Höhe von ca. 16.500 EUR gestellt. Das Programm KOMM-AN-NRW soll Städte und Gemeinden sowie ehrenamtlich in der Flüchtlingshilfe engagierten Menschen finanziell bei den anstehenden Integrationsaufgaben unterstützen, beispielsweise bei der Einrichtung von Ankommenszentren und deren Ausstattung sowie aber auch im personelle Ehrenamtsbereich. Auf den Oberbergischen Kreis entfällt (nur) ein Anteil von ca. 117.000 EUR, so dass der v.g. Antrag aufgrund der (nur) begrenzt zur Verfügung stehenden Mittel,

und wegen vermutlich anderer Antragssteller im Oberbergischen Kreis, wohl nicht vollständig bedient werden wird.

- Die GGS Müllenbach wird zum kommenden Schuljahr „Ort des Gemeinsamen Lernens“. Die Gemeinde Marienheide hat hierzu gegenüber dem Schulamt für den Oberbergischen Kreis die entsprechende Zustimmung unter der Voraussetzung bzw. mit der Maßgabe erteilt, dass die Schule hierfür personell und sächlich ausgestattet ist bzw. dem Schulträger hierdurch keine zusätzlichen finanziellen Belastungen entstehen.  
Diesbezüglich wird zum kommenden Schuljahr eine Sonderpädagogin an die GGS Müllenbach versetzt und die Schule in die Lage versetzt werden, Schülerinnen und Schüler mit Lern- und Entwicklungsstörungen (LES = Lernbehinderung, Erziehungsschwierigkeit, Sprachbehinderung) noch besser inklusiv zu unterrichten.
- Berufskollegs des OBK weiten die Kooperationen mit weiterführenden Schulen aus, unter anderem mit der Gesamtschule Marienheide. Ziel dieser Vereinbarungen ist es, Schülerinnen und Schüler auf dem Weg in die berufliche Praxis besser zu begleiten und ihnen, sowie den Eltern und Lehrern, beratend zur Seite zu stehen.

Herr Hellmann stellt eine Vielzahl von Fragen auf Überprüfung der durch den Förderverein der Gesamtschule Marienheide erfolgenden Ganztagsverpflegung an der Gesamtschule Marienheide, insbesondere hinsichtlich bestehender Qualitätsstandards bzw. DIN-Normen sowie der Art der Essenzubereitung.

Herr Meisenberg führt hierzu aus, dass eine Beantwortung unter diesem Tagesordnungspunkt zu weitreichend sei, und bittet darum, die Fragen in einem konkreten Antrag der SPD-Fraktion zu formulieren. Dies wird seitens von Herrn Hellmann zugesagt. Es schließt sich eine kurze Diskussion über die Philosophie der Essenzubereitung durch die Mensa an, auch bezüglich des Bezugs der (tiefgefrorenen) Produkte.

Frau Dißmann fragt wegen des Schallschutzes im Deckenbereich des Altbaus der OGS Müllenbach an, ob hier noch Arbeiten ausstünden. Herr Garn sagt die Beantwortung im Sitzungsprotokoll zu:

Antwort:

Für schallschutztechnische Maßnahmen im OGS Raum der 3. Gruppe wurden von Herrn Müller, für den Haushalt 2017, 5.000,00 € angemeldet. Die Maßnahmen sollen nach den Haushaltsplanberatungen voraussichtlich 2017 ausgeführt werden.

Vorsitzende/r:

Schriftführer/in:

Harald Kramer

Heike Kopic

Gesehen:

Stefan Meisenberg  
Bürgermeister